

Paibacher Zeitung.

Nr. 31.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Donnerstag, 7. Februar.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1884.

Amtlicher Theil.

Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern hat den Regierungsschreiber Heinrich Jagritsch zum Bezirkshauptmann und den im Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Bezirkscommissär Dr. Karl Ruß zum Regierungsschreiber in Krain ernannt.

Der Minister und Leiter des Justizministeriums hat den Bezirksgerichtsdjuncten in Krainburg Johann Sterl zum Bezirksrichter in Seisenberg ernannt.

Am 29. Jänner 1884 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien zu dem abgelaufenen Jahre 1883 der deutschen Ausgabe des Reichsgezeßblattes das Titelblatt und zwei Repertorien ausgegeben und versendet.

Das erste Repertorium enthält ein chronologisches und das zweite ein alphabetisches Verzeichnis der in LVI Stücken des Jahrganges 1883 kundgemachten Gesetze und Verordnungen.

Am 30. Jänner 1884 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des I. Stückes des Reichsgezeßblattes ausgegeben und versendet.

Erkenntnis.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers! Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des in Nr. 4 der periodischen Druckschrift „Telephon, Wochenblatt für das gesammte Volk“, vom 27. Jänner 1884 enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Gespensersput am helllichten Tage“, sowie jener des in derselben Druckschrift enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Die Buchdrucker und die allgemeine Arbeiterbewegung“ den Thatbestand des Vergehens nach § 302 St. G. begründe, und es wird nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Wien am 31. Jänner 1884.

Nichtamtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Präsidenten der Wiener k. k. Polizeidirection zur Betheilung jener Unterstützungsanträge aus dem Wiener Polizeirayon, deren in letzterer Zeit eingebrachte Unterstützungsanträge auf Allerhöchsten Befehl von dem Secretariate Ihrer Majestät demselben zur eigenen Würdigung und Erledigung überlassen worden sind, die Summe von 600 fl. aus Allerhöchstihrer Privatschatulle übergeben zu lassen geruht.

Fenilleton.

Der Kleinhäusler.

Erzählung aus dem obderennischen Volksleben von C. A. Kastenbrunner.

(21. Fortsetzung.)

Broni's kräftige Natur raffte sich jetzt auf, um die Mutter zu besänftigen und der Nothwendigkeit zu gehorchen, welche ihr dringend gebot, Geistesgegenwart zu gewinnen und ruhig zu überlegen, was jetzt für den Vater zu thun sei? Endlich mußte sie daran denken, die Führung des Hauses zu übernehmen, so lange der Vater nicht wiederkehrte. Hätte sie nicht die hilflose Mutter betreuen und bewachen müssen, so wäre sie augenblicklich nach Schärding gegangen, um dort zu bitten, daß sie den Vater sehen, sprechen und womöglich trösten dürfe; für jetzt aber mußte sie das verschieben und sich in Angst und Ungebuld verzehren. Die Tage der Gefahr mit dem Mahnruf an ihre kindlichen Pflichten brachten es ihr zum vollen Bewusstsein, mit welcher heißer Liebe sie am Vater hing, der ja auch nur aus väterlicher Aufopferung für sie in solche Gefahr sich gestürzt und für Leopold beinahe sein Leben eingesetzt hatte.

Mittlerweile war es Abend geworden. In das Grundner'sche Gasthaus, wo es auf der Hochzeit „drunter und drüber gieng“, kamen ein paar Gäste von Schärding, welche, ohne von Leopold's Dortsein etwas zu wissen, dem Wirt erzählten, „daß ein Kleinhäusler von hier, Namens Schaitner, wegen Schwärzerei erwischt und ins Criminale gekommen sei.“ Grundner schnellte mit dem ganzen Leibe empor, als er diese überraschende Neuigkeit hörte; sein rundes

Se. Exc. der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe

hat, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. d. M. die Regierungsvorlage, betreffend die Ausnahmeverfügungen für die Gerichtshofsprenkel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt, begründet. Die Ausführungen Sr. Excellenz lauten:

Hohes Haus! Die Regierung hat dem hohen Hause bei Einbringung der Vorlage inbetriff der von ihr auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, getroffenen Ausnahmeverfügungen mitgetheilt, daß sie sich zu diesen Ausnahmeverfügungen infolge der notorischen, im Verlaufe der letzten Zeit vorgekommenen verbrecherischen Vorfälle und mit Rücksicht auf die immer steigenden Gefahren der auf den Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichteten, insbesondere in den Gerichtshofsprenkeln Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt hervortretenden Umrtriebe, zu deren Bekämpfung die der Regierungen- und Vollzugsgewalt zugeborenen ordentlichen Mittel nicht mehr ausreichen, verpflichtet gesehen hat. Ebenso hat sie dem hohen Hause eröffnet, daß sie zur Sicherung einer unabhängigen Rechtsprechung auf Grund des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 120, die Wirksamkeit der Geschwornengerichte in den Gerichtshofsprenkeln Wien und Korneuburg rücksichtlich der bezeichneten Delicte zeitlich eingestellt hat.

Die verbrecherischen Vorfälle, die sich in der letzten Zeit ereigneten und die größte Beunruhigung hervorriefen, brauche ich nicht näher zu bezeichnen. Sie sind Gegenstand der strafgerichtlichen Amtshandlung. Nur das muß ich hervorheben, daß sich die Ermordung der zwei polizeilichen Functionäre unmittelbar an Drohungen angeschlossen hat, mit welchen die anarchistische Partei staatliche Functionäre, die ihr unbequem geworden sind, einzuschüchtern versuchte.

Seit einer Reihe von Jahren werden in- und ausländische Druckschriften in Tausenden von Exemplaren in gewisse Classen der Bevölkerung geschleudert, die zum Umsturze der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung aufreizen. In denselben wird unter Verhöhnung aller rechtlichen und sittlichen Grundlagen zu den gewaltsamsten Schritten aufgefordert und insbesondere die Vernichtung der zur Handhabung der

öffentlichen Ordnung berufenen staatlichen Organe in der flagrantesten Weise gepredigt.

Die Sicherheitsbehörde waltet mit der größten Aufopferung ihres Amtes; die ihr zugeborenen gestandenen Mittel reichen jedoch nicht aus, um dem verbrecherischen Beginnen und Fortwuchern Einhalt thun zu können. Sie hat Verbindungen der geheimsten Art und den von diesen ausgeübten Terrorismus zu bekämpfen. Die Bluthat der letzten Zeit waren leider drastisch genug, um den Beweis zu liefern, daß man es nicht mit einer eingebildeten oder übertriebenen Gefahr zu thun hat, daß vielmehr die fortwährende Aufreizung gewisser Classen der Bevölkerung die traurigsten Früchte gezeitigt hat, und wessen man sich zu versehen hätte, wenn die Executive nicht mit außerordentlichen Mitteln ausgerüstet wird.

Man kann sich nicht damit beruhigen, daß man es nur mit einzelnen Fällen zu thun hat, denn der Boden ist weit unterwühlt. Man kann nicht hoffen, daß die ordentliche Strafrechtspflege dem Uebel steuern könnte. Die Wirkungen dieser anarchistischen Bestrebungen sind so weit gediehen, daß selbst für flagrante Fälle eine Befangenheit in den Rechtsprüchen mit Grund besorgt werden muß, weil der Terrorismus sich auch in dieser Beziehung geltend macht, so daß der nach dem Gesetze vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 120, anzuhörende Oberste Gerichtshof nicht das geringste Bedenken dagegen trug, der zeitweisen Einstellung der Geschwornengerichte rückhaltlos beizustimmen.

So liegen die Dinge; ich habe sie den Thatsachen entsprechend geschildert.

Die Regierung ist überzeugt, daß es nur ein kleiner Theil der Bevölkerung ist, welcher theils durch die unter voller Erkenntnis und Verfolgung seiner rücksichtslosen Zwecke an den Tag gelegte Thätigkeit, theils durch seine Verblendung zu den getroffenen Maßregeln Anlaß gibt; dessenungeachtet sah sie sich gezwungen, zum allgemeinen Schutze die außerordentlichen Mittel, die ihr das Gesetz an die Hand gibt, anzuwenden. Sie hat es mit jener Einschränkung gethan, die ihr sowohl was die Wirkungen der Suspension staatsgrundgesetzlicher Bestimmungen als was das Territorium anbelangt, zulässig erschienen hat. Sie wird die getroffenen Verfügungen kraft ihrer Verantwortung mit dem größten Ernste handhaben, aber dabei nicht über den Zweck derselben hinausgehen.

Gesicht leuchtete voll Befriedigung auf, da es nach seiner Meinung nun entschieden war, daß er gegen ihn vollkommen recht gehabt habe. „Na, da haben wir's!“ rief er aus. „Hab' ich es nicht gesagt? Geschieht ihm schon recht, dem lecken Bummel!“

Er hatte keine Zeit, in diesem Augenblicke die Angelegenheit weiter zu verfolgen; bald aber gieng es ihm im Kopf herum, daß Leopold von der Hauptsache, nämlich von der Verhaftung Dominik's, mit keiner Silbe erwähnt hatte. Speisen tragend und Getränk bringend, begegneten sich Vater und Sohn jeden Augenblick einander; als ihm Leopold wieder in den Weg kam, fuhr er ihn unwirsch an: „Daß der Schaitner zu Schärding im Loch sitzt, davon hast du mir kein Wort gesagt; aber ich begreife das. Du schämst dich, — und so hoffe ich, daß du nun gründlich curiert sein wirst!“

Ob Leopold darauf etwas erwidern konnte, war Grundner schon wieder davongeeilt; er hielt es übrigens auch für klüger, sich stille zu verhalten, den Vater nicht unnöthiger Weise zu reizen und nichts zu verderben. Zudem mußte er besorgen, daß er vom Gerichte zu Schärding in dem bevorstehenden Proceße gegen die Schwärzer als Zeuge vorgeladen und sein Name in eine mißliebige Oeffentlichkeit gebracht werden könne, was ihn des Vaters wegen zur größten Behutsamkeit mahnte. Alles dies aber machte ihn in seiner Liebe zu Broni nicht wankend, im Gegentheile fühlte er sich jetzt mit dem armen Mädchen unauflöslich verbunden, da sie ihm nie so liebevoll erschienen war, als eben jetzt, wo bei dem schweren Mißgeschick des Vaters ihr Herz so schön sich offenbarte.

12. Vor der gerichtlichen Untersuchung.

Zur selben Zeit, wo die Gäste von Schärding den Wirt mit der Neuigkeit von Dominik überraschten, kamen Zauner und Hammerer in die Sölbe zu Broni, nachdem sie sich von außen hinlänglich überzeugt hatten, daß jetzt „die Luft rein sei“.

Broni empfing sie mit einem finsternen Gesichte, da sie nicht fehrathen konnte, daß sie es seien, denen ihr Vater sein Unglück verdankte.

Die beiden Schwärzer zeigten aus begreiflichen Gründen die Haltung vorsichtigen Spähens und erkundigten sich vor allem, „was mit den Waren geschehen sei, welche sie heute Nacht hier zurückgelassen haben, und wie es mit dem Keller stehe?“

Als ihnen Broni kurz mittheilte, daß vom Gerichte alles confisciert und fortgeführt wurde, riefen sie Peter und Mordio und fluchten so greulich gegen Gesetz und Obrigkeit, daß es Broni mit einer Gänsehaut überlief; dann stürzten sie hinaus und durchsuchten den Keller. Fluchend und tobend kamen sie bald wieder zurück.

Mit der höchsten sittlichen Entrüstung verwies ihnen Broni ihre Lästerungen und nannte sie mit den schneidendsten Vorwürfen die Verführer ihres Vaters, die Urheber von Unheil, Schmach und Schande.

„Soho!“ sagte Zauner voll Bissigkeit, „ereifere sich die Jungfer nicht so sehr, als ob wir Buben und nicht Männer wären! Und auch dein Vater ist kein Feind mehr, das nicht weiß, was es thut. Er hat uns freiwillig aufgesucht und ohne unser Zureden sich uns angeschlossen. Uebrigens ist er ein pfiffiger Kopf und wird sich schon heraushehlen, so gut wie wir uns nicht fürchten, da uns die Cordonsisten nicht gefannt haben und wir rundweg alles ableugnen werden. Beweise gegen uns haben die Herren keine in Händen.“

(Fortsetzung folgt.)

Schließlich will ich nur Eines noch hervorheben. Der Regierung ist es wohl bekannt, daß auch anderwärts in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, insbesondere in den bedeutenden Industriebezirken, sich Bestrebungen und Agitationen der in Rede stehenden Art geltend machen und besorgniserregende Erscheinungen, welche die volle Wachsamkeit der Behörden in Anspruch nehmen, zutage treten.

Gleichwohl hat die Regierung die getroffenen Ausnahmungsverfügungen nur für die in den Verordnungen bezeichneten Gebiete, und zwar die auf dem Gesetze vom 5. Mai 1869 beruhenden Ausnahmungsverfügungen für die Gerichtshofsprengelel Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt und die zeitweise Einstellung der Geschwornengerichte für die zwei erstgenannten Sprengel, erlassen, weil in diesen Gebieten die besondere Gefährlichkeit der daselbst herrschenden anarchischen Bewegung sich durch die verbrecherischen Vorfälle der letzten Zeit bekundet hat.

Bei der durch die Natur dieser Angelegenheit gebotenen Vorsicht muß ich mich in dem gegenwärtigen Stadium der Behandlung auf diese Ausführungen beschränken. (Bravo! Bravo! rechts.)

Reichsrath.

326. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 31. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Hallwisch spricht für den Minoritätsantrag, welcher die Aufhebung der Sprachenverordnung und die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes verlangt. Er unternimmt es, zunächst diesen gesetzlichen Zustand eingehender darzulegen. Er geht dabei weit in die Geschichte zurück bis auf die Ansiedlung der Deutschen und Slaven, um zu zeigen, auf welcher Seite eigentlich das historische Recht stehe. Die böhmischen Herrscher von Ottokar I. bis auf Karl IV. seien alle eifrige und bewusste Förderer des Deutschtums gewesen. Redner geht sodann näher auf die Bevölkerungsstatistik ein, um die Bedeutung des Deutschtums in Böhmen in das richtige Licht zu stellen. Auch die Umwandlung der Bevölkerungs- und Sprachverhältnisse in einzelnen Gegenden illustriert er mit Beispielen aus alter, neuer und neuester Zeit, um sie wie auch frühere im Wortlaute citierte Verordnungen von localer und allgemeiner Geltung zur Unterstützung des Minoritätsantrages und gegen die Sprachenverordnung vom 19. April 1880 zu verwenden. Er ist namentlich bemüht, aus diesen Verordnungen zu zeigen, wie allgemein und selbstverständlich früher die volle Beherrschung der deutschen Sprache als Vorbedingung für die Zulassung zu öffentlichen Stellen galt, und wie sehr principiell wie praktisch die anderen Sprachen in diesem Punkte zurückstanden, ohne daß der öffentliche Dienst oder die Interessen der Bevölkerung darunter litten. Mit Gewalt werde man jedoch nichts erreichen, sondern nur Haß säen. In einer Anzahl rein deutscher Gerichtsbezirke seien richterliche und sonstige Beamte, die das Deutsche nur radebrechen und ein Kauderwelsch sprechen, das alles nur nicht Deutsch sei, und häufig nicht einmal orthographisch deutsch schreiben können. Und das werde mit Rücksicht darauf, daß die zukünftigen Beamten in czechischen Mittelschulen und an der czechischen Universität herangebildet werden, noch viel ärgere Dimensionen annehmen und zu einem Zustande führen, an den man heute nur mit Schauder denken könne. Redner erklärt, daß er und seine Partei nie zu einer Politik die Hand bieten können, welche mit ihren nationalen Gefühlen, mit ihrer österreichischen Ueberzeugung im Widerspruche stehe. Die Majorität, wenn man nach der Abstammung über den Antrag Wurmbrand die Rechte noch als solche betrachten wolle, habe nur ein Gefühl, nämlich das, die Gunst des Augenblickes auszunützen. Das habe aber auch sein Gutes. Das deutsche Volk in Oesterreich hat sich wiedergefunden, es will und wird deutsch bleiben. Auf das deutsche Volk in Oesterreich sei das Wort des Dichters anzuwenden: „Wenn ich einmal zu fürchten angefangen, habe ich zu fürchten aufgehört.“ (Lebhafter Beifall links.)

Der Präsident bricht hierauf die Verhandlung ab und beraumt die nächste Sitzung für 7 Uhr abends an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der abgebrochenen Debatte.

Abg. Ritter v. Schönerer weist auf die heute dem Hause mitgetheilten Ausnahmungsverfügungen hin und richtet an den Präsidenten das Ersuchen, die Regierung aufzufordern, daß sie sofort in der heutigen Abend Sitzung über die Gründe dieser Verfügungen dem Hause Mittheilung mache. (Bravo! links.)

Präsident erklärt, daß er diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen könne, da er mit der Geschäftsordnung im Widerspruche stehe, nach welcher Regierungsvorlagen erst in Druck gelegt und vertheilt sein müssen, ehe sie zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gestellt werden können.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 30 Minuten.

327. (Abend-) Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 31. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Ruzhy polemisiert gegen den Abg. Wienbacher und gegen dessen während der Debatte über den Sprachenantrag des Abg. Grafen Wurmbrand bekanntgegebene Anschauung über Autonomie; er ist darüber erstaunt, daß der frühere Bundesgenosse im Kampfe jetzt dem mährischen Landtage nicht einmal so viel einräumen wolle, daß er ein Recht habe, die Sprachenfrage zu ordnen. Gegen den Abg. v. Plener gewendet, bemerkt Redner, daß jene Herren, welche den Begriff „Staatsprache“ definieren zu können behaupten, sich doch auch über den Begriff „Landessprache“ klar sein sollten. Das Verlangen der Böhmen gehe nur dahin, daß auch in den deutschen Gegenden Böhmens der böhmischen Sprache ihr Heimathsrecht gewahrt bleibe. Entscheidend sei nicht die Zahl der Böhmen, die in einem bestimmten Bezirke wohnen, sondern nur die Landesgrenzen. (Bravo! rechts.) Die Ansicht des Abg. Dr. Sturm, durch den nicht einheitlichen Gebrauch der Sprache werde die Einheit des Staates gestört, sei ganz unrichtig. Der Sprachgebrauch bei Gericht habe auf die einheitliche Leitung des Staates gar keinen Einfluß. Keinesfalls aber könne auf diese Weise die schwierige Sprachenfrage gelöst werden. Der Staat dürfe niemals einem Volke den Gebrauch seiner Muttersprache verkümmern. (Bravo! rechts.) Wenn die Fabel von der Bedrückung des Deutschtums durch die Sprachenverordnung immer und immer überall erzählt wird, dann könne man es begreiflich finden, wenn solche Männer wie der Abg. Wienbacher, die früher die Verordnung verteidigten, jetzt gegen dieselbe Front machen. (Sehr gut! rechts.) Redner polemisiert sodann gegen die Abgeordneten Kraus und Hallwisch und erörtert, daß sich gar keine Beziehungen zwischen den von diesen Rednern angeführten Fällen und der Sprachenverordnung auffinden lassen. Die in nicht mißzuverstehender Weise gefärbten historischen Recriminationen und Vorwürfe des Abg. von Plener bezeichnet Redner als ganz unberechtigt, ebenso wie auch dessen von derselben Tendenz inspirierte Andeutungen über angebliche austro-slavische Zukunftspannen, und erklärt denselben gegenüber, daß er und seine Partei loyal und kaisertreu seien, treu und loyal nach oben und nach unten. Ebenso klar und offen liege ihr ganzes Denken über das österreichisch-deutsche Bündnis zutage. (Beifall rechts.) Dieses Bündnis sei unter der Regide des Grafen Hohenwart inscenirt worden. So lange solche edle deutsche Männer die Bestrebungen der Nichtdeutschen unterstützen, in Oesterreich eine Stätte geistigen Fortschrittes und nationaler Freiheit zu finden, dürfen die letzteren nicht verzagen. Redner ruft deshalb seinen Gefinnungsgenossen zu, in dieser schweren Arbeit auszuharren. Sursum corda! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Abg. Dr. Weber bespricht die historische Entwicklung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse und sucht die Ursachen des neuen Aufflackerns des Nationalitätenkampfes darzulegen. Er folgert aus der Haltung der Böhmen im Jahre 1848, daß dieselben bis heute ihr Streben: Böhmen, Mähren und Schlesien auf nationale Basis zu stellen, nicht aufgegeben hätten, obwohl dieses Streben in Mähren und Schlesien auf die lebhafteste Opposition gestoßen sei. Die Verhältnisse in Mähren seien überhaupt friedliche gewesen, allein die Störung sei durch die neue Action der böhmischen Partei hervorgerufen worden, auf der einen Seite durch Verhöhnung, auf der anderen Seite durch berechtigte Aufregung. Unter solchen Umständen sei die bereits vollendete Versöhnung wieder ins Gegentheil umgewandelt worden. Diese Situation werde durch die Concessionen des herrschenden Regimes an die nationale Partei verschärft, so daß man sagen könne, das Wiederaufflackern des Nationalitäten-Streites in Mähren sei durch die Art und Weise veranlaßt worden, wie die Nationalitäten-Frage angefaßt worden sei. (Zustimmung links.) Das Ministerium hätte es vermeiden sollen, eine authentische Interpretation in der vorliegenden Frage zu geben, weil dieses Recht nur den gesetzgebenden Factoren und dem Obersten Gerichtshofe zustähe. Dieser habe übrigens gesprochen, und Redner behauptet, daß dem Ausspruche desselben nicht vollste Beachtung entgegengebracht werde. (Beifall links.) Was die Verhältnisse speciell in Mähren betreffe, so würden dieselben dadurch verwickelter, daß ein entschiedener Anhänger der staatsrechtlichen Auffassung an der Spitze der Verwaltung stehe. Redner schließt mit dem Wunsche auf eine allgemeine Umkehr auf allen Gebieten der inneren Politik. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Hevera erklärt, daß er mit voller Ueberzeugung für den Majoritätsantrag eintrete, da derselbe der einzig richtige Ausdruck des Gleichberechtigungs-Principes der Nationalitäten sei. Die böhmische Nationalität sei weit davon entfernt, eine Herrschaft oder gar die Unterdrückung einer anderen Nationalität anzustreben; sie wolle lediglich gleichberechtigt mit anderen Nationalitäten dastehen. Die Annahme des Minoritätsantrages würde das Bestreben, den Frieden zwischen den Nationalitäten herzustellen, zum Scheitern bringen,

weil derselbe dem in der Verfassung ausgesprochenen Principe der Gleichberechtigung aller Nationalitäten widerspreche und das Zurückdrängen der nichtdeutschen Sprachen aus Gebieten, die ihnen verfassungsmäßig zustehen, bezwecke. (Sehr richtig! rechts.) Es sei überhaupt eine betrübende Thatsache, daß eine Nation wie die böhmische, welche sechs Millionen zähle, eine Viertelmillion Soldaten ins Feld stelle und hundert Millionen Steuern zahle, von Seite der Deutschen so feindselig behandelt werde. Während in dem demokratischen Amerika sich die Böhmen der freundlichsten und entgegenkommendsten Aufnahme erfreuen; während dort ihre materielle Existenz sowie das Fortkommen ihrer Jugend, ihre nationale Fortbildung und culturelle Entwicklung in der werthvolligsten Weise unterstützt werden, sei in dem großen Wien, wo man sich doch ebenfalls fortwährend mit freihethlichen und demokratischen Gesinnungen brüstet, ein gewaltiger Lärm deshalb entstanden, weil für eine der Wiener Bevölkerung gegenüber verschwindend kleine Minorität eine böhmische Schule gegründet wurde. Den erwähnten Verhältnissen in Amerika gegenüber, wo man die Arbeitskraft und die Bescheidenheit in den Ansprüchen der böhmischen Arbeiter zu schätzen wisse, sei es traurig, wie die Verhältnisse in Oesterreich in dieser Richtung stehen.

Um die in den verschiedenen Provinzen lebenden böhmischen Arbeiter und deren Nachwuchs nicht geistig verkümmern zu lassen, seien von Seite der böhmischen Nation große Opfer gebracht und namentlich in letzter Zeit über 400 000 fl. gesammelt und diesem Zwecke gewidmet worden, obwohl die Fürsorge in dieser Richtung eigentlich die Sache anderer Factoren gewesen wäre. (Bravo! Bravo!)

Dem Abg. von Plener gegenüber, der den Nutzen nicht einsehen wolle, welcher in der Erlernung der böhmischen Sprache für den Deutschen liegen könne, bemerkt Redner, daß die Aneignung einer Sprache, deren sich sechs Millionen Menschen bedienen, dem doch nicht so ganz ohne Nutzen sein dürfte, und daß nur zu wünschen wäre, daß das Beispiel einzelner von der linken Seite des Hauses sehr hochverehrter Persönlichkeiten, welche ihre Söhne Böhmisch lernen lassen, allgemeinere Nachahmung finden würde. (Bravo! Bravo!) Dies wäre der beste Weg, die aus Unkenntnis der Verhältnisse und der Sprache einander vielfach feindseligen Elemente gegenseitig näher zu bringen, und die von allen Patrioten so ersehnte Verständigung würde dadurch in der kräftigsten und praktischsten Weise gefördert werden. (Sehr gut! rechts.)

Auf die vielfachen Klagen über das angebliche Zurückdrängen der deutschen Nationalität und der deutschen Sprache, über Bedrückungen u. dgl. ließe sich eine ganze Blumenlese von gegentheiligen Beispielen anführen. Er wolle jedoch die Anführung dieser Beispiele unterlassen und nur auf die vielen Recriminationen des Abg. Ritter von Kraus anführen, daß in den rein deutschen Bezirken Böhmens viele böhmische Arbeiter leben, denen durch das starre Festhalten der Deutschen an ihrem Principe auf Nichtzulassung der böhmischen Landessprache die Möglichkeit benommen würde, sich mit den Gerichten und anderen Behörden in ihrer Muttersprache zu verständigen. (Bravo!)

Man werfe der Regierung fortwährend eine ungerechtfertigte Begünstigung der böhmischen Nationalität vor. Wie grundlos dieser Vorwurf ist, beweise die bekannte Prüfungsverordnung, nach welcher von den Studierenden an der böhmischen Universität schon bei der ersten theoretischen Prüfung der Nachweis der Kenntnis der deutschen Sprache begehrt werde, während von den deutschen Studierenden der Nachweis der Kenntnis der böhmischen Sprache erst dann verlangt werde, wenn sie um eine Staatsanstellung in Böhmen competieren. Redner betont schließlich, daß man es den verschiedenen Volksstämmen nicht verargen könne, wenn sie zähe an ihrer Eigenart und ihrer Muttersprache festhalten, da man wohl die verlorne Freiheit, nicht aber die verlorne Nationalität wieder erobern könne. (Bravo! Bravo!) Redner schließt mit den Worten: „Justitia regnorum fundamentum!“ (Lebhafter Beifall rechts.)

Es wird hierauf Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Zu Generalrednern werden gewählt, und zwar gegen den Antrag der Ausschussmajorität Abg. Dr. Herbst, für denselben Abg. Dr. Trojan.

Abg. Dr. Ritter von Alter nimmt das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Der Präsident bricht hierauf die Berathung ab und beraumt die nächste Sitzung für morgen, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Abg. Ritter von Schönerer beantragt, daß die heute eingebrachte Regierungsvorlage, betreffend die Ausnahmestimmungen, mit Umgehung der Drucklegung zur ersten Lesung als erster Gegenstand auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werde.

Der Antrag wird abgelehnt.

Schluß der Sitzung 10 Uhr 30 Minuten.

Zur Lage.

Die „Wiener Abendpost“ vom 5. d. M. schreibt: Die Nothwendigkeit, ja Unerlässlichkeit der von der Regierung für Wien und Umgebung verfügten Ausnahmemaßregeln ist bereits so allseitig anerkannt, daß selbst die oppositionelle Presse gezwungen ist, der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen und die Bedeutung der getroffenen Verfügungen objectiv zu würdigen. Im Leitartikel der heutigen Vorstadt-Zeitung heißt es unter anderem: „Die Gefahren, welche der Socialismus in seinen extremsten Ausschreitungen oder richtiger der Anarchismus in seinem Schoße birgt, wären in der That eine Aufforderung, eine Mahnung an die Fractionen, wenigstens hierin einig zu sein und sich gegen die gemeinsame Gefahr zur gemeinsamen Abwehr zusammenzuscharen. Die heutige Debatte wird hoffentlich größere Klarheit bezüglich der Ausnahmestimmungen bringen, und ist dann einmal die nothwendige Ruhe in die Gemüther zurückgekehrt, dann ist es an der Gesetzgebung, sich dem Werke der socialen Reform zu widmen. An fruchtbareren Anregungen, Fingerzeigen und Rathschlägen fehlt es wahrlich nicht.“ Das Blatt erinnert nun an den bekannten socialpolitischen Antrag der Linken und fährt dann fort: „Schon ist das Gesetz in betreff der Gewerbe-Inspectoren in Kraft getreten, eine Vorlage über die Arbeiter-Unfallversicherung eingebracht und eine über die Krankenversicherung der Arbeiter von der Regierung in Aussicht gestellt. Allerdings gäbe es sonst noch viel zu thun. Aber wenn die Gefahren, die seitens des Anarchismus dem Staate und der Gesellschaft drohen, von allen berufenen Factoren erkannt und gewürdigt werden, dann darf man eine erspriessliche Action auf dem Gebiete der socialen Reform erwarten.“ Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Es handelt sich dabei nur darum, daß alle Parteien ohne Hintergedanken und Nebenabsichten zu ihrer Erörterung und Erledigung schreiten. Die Fragen der Socialpolitik sollen den neutralen Boden bilden, auf dem die verschiedenen Parteien sich zu gemeinsamer fruchtbarer Thätigkeit vereinigen. Geschieht dies, dann wird auch die Heilung der Schäden zu erreichen sein.“ — Das Extrablatt sagt: „Was wir leghin ausgeführt, daß über die dringliche Nothwendigkeit der außerordentlichen Schutzmaßregeln eine Meinungsverschiedenheit in den politisch zurechnungsfähigen Kreisen der Bevölkerung nicht besteht, hat seitdem durch die publicistische Erörterung des In- und Auslandes vielfältige Bestätigung erfahren. Die Empfindung, daß das Begehren der Regierung in den Wohlfahrtsbedingungen des Staates begründet und daher ein durchaus berechtigtes sei, ist den weitesten Kreisen der Bevölkerung in Fleisch und Blut gedrungen.“

Auch in der auswärtigen Presse liegen heute wieder einige markante Aeußerungen über die Ausnahmemaßregeln für Wien und Umgebung vor. So heißt es in der politischen Rundschau der Neuen preussischen Zeitung: „Die österreichische Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, den in der Reichshauptstadt concentrirten und von dort über das gesammte Staatsgebiet verbreiteten socialistisch-revolutionären Umtrieben ein Ende zu machen — die Aufrechterhaltung der gefährdeten öffentlichen Sicherheit zu verbürgen und sich dadurch für die Durchführung ihrer social-reformatorischen Absichten die Hände frei zu halten. Die Unvermeidlichkeit eines solchen Vorgehens ist auch da eingeräumt worden, wo grundsätzlich jede außergewöhnliche Sicherheitsmaßregel zur Antistimmung des bekannten Klageliedes von der Bedrohung verfassungsmäßiger Volksfreiheiten mißbraucht zu werden pflegt. Einer richtigeren Beurtheilung der Sache hat vorliegenden Falls der Umstand Vorschub geleistet, daß die Mordthat vom 28. Jänner an dem Tage der Einführung des Instituts der österreichischen Fabrik-Inspectoren bekannt geworden ist, und daß der Ernst der von dem Ministerium Taaffe verfolgten Reformabsichten von keiner Seite hat in Abrede gestellt werden können. . . Möchte das blutige Floridsdorfer memento mori dazu beitragen, die parlamentarischen Parteien von der Richtigkeit des Weges zu überzeugen, den das Wiener Cabinet mit der Einbringung eines Unfallversicherungs-Gesetzes eingeschlagen hat!“

Die Frankfurter Zeitung sagt in einem Wiener Briefe: „Das Ministerium hat keineswegs daran gedacht, den weiten Weg der Ausarbeitung und Einbringung einer besonderen Gesetzesvorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung einzuschlagen. Das würde ein langwieriges Stück Arbeit bedingen, deren die Regierung nicht bedarf. Sie hatte es viel bequemer und brauchte nichts weiter zu thun, als auf Grund der unter den früheren liberalen Regierungen von einer liberalen Mehrheit beschlossenen Gesetze vorzugehen.“ Die Münchner Allgemeine Zeitung läßt sich aus Wien schreiben: „Die Aufregung ist vollständig geschwunden und die allgemeine Beruhigung ist, nicht „ungeachtet“, sondern gerade „infolge“ der getroffenen Ausnahmemaßnahmen zurückgekehrt. Das beängstigende Gefühl der Unsicherheit ist gewichen. . . Es ist auch bisher auf keinem Gebiete irgend etwas geschehen, das zu Klagen über die Art und Weise, wie die Behörden den Ausnahmezustand auffassen,

Veranlassung geben könnte; denn es ist bisher nach keiner Richtung etwas vorgekommen, das den Versuch oder die Neigung bekunden würde, die größeren Vollmachten für einen anderen Zweck zu benützen, als für den, unsere Stadt, beziehungsweise die gefährdeten umliegenden Bezirke, von den excessiven Elementen zu säubern und neuen terroristischen Versuchen vorzubeugen.“

Die Mailänder Perseveranza bespricht an leitender Stelle die erlassenen Ausnahmestimmungen, anerkennt, daß dieselben zum wirksamen Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unerlässlich seien, und betont, daß selbst die erbittertesten publicistischen Gegner des Ministeriums Taaffe diese Maßnahmen nicht tadeln, sondern sich darauf beschränken, den Wunsch auszusprechen, daß die Regierung dieselben mit richtigem Takte und weiser Mäßigung anwenden möge.

Die Zeitschrift für Spiritus- und Presshefe-Industrie äußert sich folgendermaßen über die im Zuge befindliche Reform der Brantweinsteuer: „Aus dem Gange der Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die beiderseitigen Finanzverwaltungen den redlichen Willen haben, die unabwieslich nothwendige Brantweinsteuer-Erhöhung durch gewisse Concessionen an die Industrie zu compensieren. Sie haben Enquêtes einberufen, sie haben jahrelang verhandelt, ehe sie sich über diese Reform geeinigt haben.“

Vom Ausland.

Der französische Staatshaushalt für 1884, wie er nun auch von dem Senate genehmigt ist, beziffert sich auf 3024 Millionen Francs an ordentlichen, 260 Millionen an außerordentlichen und 256 Millionen solcher Ausgaben, die mittelst besonderer Einkünfte gedeckt werden. Das macht zusammen 3540 Millionen Francs Ausgaben, ganz unbeschadet der im Laufe des Jahres stattfindenden Nachbewilligungen. Die Franzosen haben dabei an Gemeinde-Abgaben 492 Millionen zu tragen. Die Gemeinden dürften außerdem noch mindestens 150 bis 200 Millionen zu außerordentlichen Ausgaben brauchen und dem entsprechenden Anleihen machen. Es werden daher an staatlichen und Gemeinde-Ausgaben jeder Art 4700 bis 4850 Millionen herauskommen, ganz abgesehen von den 300 Millionen, welche die Eisenbahngesellschaften auf Rechnung des Staates leihen. Neue Steuern dürften kaum ausbleiben; die Frage der Einkommensteuer hat zwar noch keine greifbare Gestalt angenommen, aber etwas dürfte in dieser Hinsicht doch schon geschehen, wenigstens um den Radicalem eine Genugthuung zu verschaffen. Für 1885 ist eine Schulsteuer in Aussicht genommen, welche von allen Staatsbürgern bezahlt werden soll. Dieselbe ist bestimmt, die auf 40 Millionen bezifferte Erhöhung der Lehrergehälter zu bestreiten.

Aus Constantinopel wird der „Frankfurter Zeitung“ unter dem Vorgefrigen telegraphirt: „Die Botschafter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erinnerten die Pforte an ihre Verpflichtungen bezüglich der Eisenbahn-Convention, da der Anschluß im Jahre 1886 hergestellt sein soll. Auch Serbien ließ anfragen, was die Pforte zu thun gedenke, mit dem Hinzufügen, daß sein (Serbiens) Theil in Folge der Verbindung Belgrads mit Nisch ziemlich erfüllt sei. — Die griechische Kirchenfrage ist unverändert in demselben Stadium. Der Sultan hat sich bisher weder bejahend noch verneinend bezüglich des Entschlusses des Ministerrathes, die Demission Joachims III. anzunehmen, geäußert. — Die Pforte setzt alle Hebel in Bewegung, um die russische Forderung wegen Barzahlung der Rückstände aus der Kriegsentzädigung bis Ende Februar erfüllen zu können. Zu diesem Ende wurden verschiedene Billaets peremptorisch zu Geldsendungen aufgefordert.“

Tagesneuigkeiten.

H o f b a l l.

Wien, 5. Februar.

In den Festsälen der kaiserlichen Hofburg hat gestern der diesjährige Hofball stattgefunden. Das herrliche Fest in den großartig schönen, glänzenden Räumen übte stets vollen Zauber aus. Es ist vor allem verklärt durch die Huld Ihrer Majestäten, Allerhöchsthochselbst in der Hofburg die Gesellschaft der Residenz um sich versammeln. Das Fest bietet durch seine glänzende Mannigfaltigkeit einen eigenartigen, kaum in einer anderen Weltstadt vorkommenden Anblick. Und dann sind es die prächtigen, mit Kunstwerken reich und geschmackvoll erfüllten Räume, welche den Blick fesseln und zur bewundernden Beschäftigung auffordern. In diesem Jahre ist es z. B. gleich beim Eintritte, das Stiegenhaus der „Botschafter-Stiege“, über welche sich die geladene Gesellschaft in die Festsäle begibt, welche sofort den Blick fesselt. Die Nischen des weißen, formichönen Stiegenhauses sind mit Rothgrund-Gobelins überdeckt, und dichtkronige Drangebäume wie gracios ihre gefiederten Blätter niederstehende Palmen füllen die Ecken. Man durchwandert

dann die lange Reihe prachtvoller Säle und Gemächer, bewundert die kostbaren alten Möbel und Gefäße, in den Pietradura-Zimmern die zahlreichen großen und kleinen an den Wänden befindlichen Steinmosaikbilder, von welchen diese Gemächer den Namen führen, und in einem anderen Räume die zahllosen Miniaturen, ein kleines Kunstwerk knapp neben dem anderen. Dann durchwandelt man die Flucht der Säle, deren Wände mit den wunderbaren Gobelins überspannt sind, bis man den Ceremonien-, heute Ballsaal, betritt. Noch herrscht hier Dunkel. Plötzlich werden zweitausend und mehr Kerzen durch aufflammende Fäden fast zugleich angezündet, und die Lichtflut fällt auf die grauen Marmorsäulen und die Wände von grünenden und blühenden Pflanzen zwischen ihnen.

In diesen Räumen bewegte sich heute nachts die Gesellschaft der Residenzstadt Sr. Majestät des Kaisers. Die obersten Hofchargen und Minister, die Botschafter und Gesandten, geheime Räte und Kammerer, Generale und Staatsbeamte, Mitglieder beider Häuser des Reichsrathes, Ordensritter und Officiere, alles war versammelt, und die Schönheit und Anmuth der anwesenden Damen bildete den schönen Schmuck des Festes.

Wie üblich, wurden Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin vor dem Beginne des Balles Mitglieder des diplomatischen Corps und Fremde von Distinction vorgestellt.

Sr. Majestät dem Kaiser wurden vorgestellt: Von Sr. Excellenz dem k. und k. Minister des Aeußern Grafen Kálnoky: Baron Eric Gyllenstierna und M. Maurice Voltenstern, lieutenants de hussards suédois. Vom italienischen Botschafter: Attaché Conte Jallotti di Villafalletto; Conte Zigno, Lieutenant im 8. italienischen Cavallerieregiment. Vom deutschen Botschafter: Fürst Leopold v. Salm-Reifferscheid. Vom französischen Botschafter: M. H. Marchand, erster Botschaftssecretär. Vom belgischen Gesandten: Legationsrath Baron Albert d'Anethan. Vom bairischen Gesandten: Legationsrath, Premier-Lieutenant der Landwehrcavallerie Kurt Freiherr von der Pfordten; kön. bairischer Kammerherr Graf Theodor Jrsch. Vom nordamerikanischen Gesandten: M. Horace Taft, Sohn des Gesandten; Legationssecretär William T. Strong. Vom schweizerischen Gesandten: Legationssecretär Dr. Alfred von Planta-Reichenau, Premier-Lieutenant der Artillerie; Denis Jama, Lieutenant der schweizerischen Cavallerie, zugetheilt dem 8. Dragonerregiment. Von der Gemahlin des französischen Botschafters: Madame Vicomtesse de Beauchesne. Von der Gemahlin des nordamerikanischen Gesandten: Miss Taft, Miss Herron, Miss Torrey. Von der Gemahlin des serbischen Gesandten: Madame R. Danitsch.

Ihrer Majestät der Kaiserin wurden vorgestellt: Von Sr. Excellenz dem Sectionschef von Szöghényi: kön. niederländischer Gesandter Adrien Magel, kön. serbischer Gesandter Miloutine Garachanine, schwedischer Militär-Attaché Capitän d'Ugla, Baron Eric Gyllenstierna und M. Maurice Voltenstern, lieutenants de hussards suédois. Vom italienischen Botschafter: Attaché Conte Jallotti di Villafalletto, Conte Zigno, Lieutenant im 8. italienischen Cavallerieregiment. Vom deutschen Botschafter: Fürst Leopold von Salm-Reifferscheid, Attaché Graf Wolff-Metternich. Vom türkischen Botschafter: Reşad Bey, zweiter Botschaftssecretär; Affas Saboullah Bey, Attaché; Mehemed-Pir Efendi, Major, Marine-Attaché; Mehemed-Mourad Bey, Lieutenant, Militär-Attaché. Vom französischen Botschafter: M. H. Marchand, erster Botschaftssecretär; M. Jacques La Gaze, dritter Botschaftssecretär. Vom englischen Botschafter: Botschaftssecretär M. George Buchanan. Vom belgischen Gesandten: Legationsrath Baron Albert d'Anethan. Vom griechischen Gesandten: M. Ch. Hadjipetros, Lieutenant, zugetheilt beim 11. Artillerieregiment. Vom bairischen Gesandten: Legationsrath von der Pfordten, kön. bairischer Kammerherr Graf Theodor Jrsch. Vom spanischen Gesandten: Oberstlieutenant Plácido de la Cierba, Militär-Attaché. Vom dänischen Gesandten: Oscar O'Neill d'Orholm, Attaché. Vom nordamerikanischen Gesandten: M. Horace Taft, M. William T. Strong, Legationssecretär. Vom schweizerischen Gesandten: Dr. Alfred v. Planta-Reichenau, Legationssecretär; Denis Jama, Lieutenant, zugetheilt dem 8. Dragonerregiment. Vom serbischen Gesandten: Kosta Milovanovitch, Oberstlieutenant und Militär-Attaché. Von der Gemahlin des französischen Botschafters: Madame la Vicomtesse de Beauchesne. Von der Gemahlin des nordamerikanischen Gesandten: Miss Taft, Miss Herron, Miss Torrey. Von der Gemahlin des serbischen Gesandten: Madame R. Danitsch.

Beiden Majestäten wurden vorgestellt: Von der Vicomtesse de Valmor, in Vertretung der Doyenne der Damen des diplomatischen Corps: Madame Magel, Gemahlin des königlich niederländischen Gesandten; Madame M. Garachanine, Gemahlin des königlich serbischen Gesandten; Madame de Zybine, née Princesse Lévischew, Gemahlin des kaiserlich russischen Kammerers M. de Zybine.

Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin wurden vorgestellt: Von der Obersthofmeisterin Gräfin Goß die Frauen: Gräfin Gyllenstern, Fürstin Taxis

d'Orsay, Gräfin Kinsky-Wilczek, Gräfin Teleki-Beihlen, Gräfin Thun-Buquoy, Gräfin Thun-Waldstein, Gräfin Wydenbruck-Fugger, Gräfin Bukowky; die Hofdamen: Christiane Auerkperg, Francisca Dichtenstein; die Comtessen: Thelma Coudenhove, Felicie Gatterburg, Francisca Schönborn, Josefine Trauttmansdorff, Irma Hadik.

Der Thee wurde von den Herrschaften an drei Tischen genommen. In dem Spiegelzimmer befand sich der Tisch, an dem Ihre Majestät die Kaiserin und ein Kreis von Damen Platz nahm, und in den Pietradora-Zimmern nahmen an je einem Tische Ihre k. und k. Hoheiten die durchlauchtigsten Frauen Erzherzoginnen Maria Immaculata und Marie nebst einem Kreise von Damen Platz.

Tanzordnung: Erster Walzer, „Lagunen-Walzer“, Joh. Strauß. — Erste Polka, „Wildfeuer“, Joh. Strauß. — Erste Quadrille, „Afrika-Reise“, E. Strauß. — Zweiter Walzer, „Zubelsanfaren“, E. Strauß. — Zweite Polka (schnell), „Stürmisch in Lieb' und Tanz“, Joh. Strauß. — Zweite Quadrille, „Eine Nacht in Venedig“, Joh. Strauß. — Cotillon: Walzer „Rosen a. d. Süden“, Joh. Strauß; Polka „Violetta“, Joh. Strauß; Walzer „Mythenblüten“, Joh. Strauß; Polka „Moulinet“, Joh. Strauß; Polka schnell „Ueber Feld und Wiese“, E. Strauß. — Dritte Quadrille, „Der lustige Krieg“, Joh. Strauß. — Dritter Walzer, „Bei uns z'haus“, Joh. Strauß.

— (Londoner Spielhöllen.) Vor dem Polizeigerichtshofe in Bow-Street begann am 1. d. M. die Verhandlung gegen die Leiter der unter dem Namen Park-Club bestehenden Spielhölle. Es wird dort fast die ganze Nacht hindurch, zuweilen bis 8 Uhr morgens, Baccarat mit hohen Sätzen (50 bis 300 Pfund St.) gespielt, und der Eigentümer des Clubs, ein Mr. Dents, soll damit circa 10000 Pf. St. im Jahre verdienen. Auf der Anklagebank sitzen außer dem erwähnten Eigentümer des Clubs und dessen Secretär ein englischer Baronet, Sir Charles Cunningham, und mehrere andere, den höheren Kreisen angehörende Persönlichkeiten. Nach Vernehmung einiger Zeugen, welche bestritten, dass Clubmitglieder zuweilen im Verlaufe eines einzigen Abends tausende von Pfunden verloren, wurde die Verhandlung vertagt.

— (Eisenbahnunglück.) Wie man aus Newyork unter dem 1. d. M. meldet, wurden bei dem Eisenbahnunglück, welches zwischen Newyork und Indianapolis durch den Einsturz einer Brücke über den weißen Fluß verursacht wurde, zwei Passagiere getödtet und 13 mehr oder minder schwer verletzt.

Locales.

— (Postalisches.) In Vollziehung der von Sr. Excellenz dem Herrn Handelsminister an die k. k. Postdirectionen ergangenen Weisungen wegen Beschränkung des ausübenden Postdienstes an Sonntagen wurden für das k. k. Stadtpostamt Laibach vom 10. Februar 1884 angefangen nachfolgende Amtsstunden festgesetzt: Briefpost: Auf- und Abgabe und Zeitungs-Expedition vormittags von 8 bis 12 Uhr, nachmittags von 6 bis 7 Uhr. — Fahrpost: Aufgabe: vormittags von 8 bis 12 Uhr, nachmittags von 5 bis 6 Uhr; Abgabe: vormittags von 8 bis 12 Uhr, nachmittags geschlossen. — Postcassa, und zwar Geldanweisungs- und Postsparcassendienst: vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags geschlossen.

Die Bestellung der eingelangten Brief- und Fahrpostsendungen durch die Briefträger hat an Sonntagen nur einmal, und zwar um 8 Uhr vormittags zu erfolgen. Die erste Briefsamelfahrt um 8 Uhr 50 Minuten vormittags zur Aushebung der Einsambeutel aus den Briefkästen wird an Sonntagen eingestellt.

— (Der Central-Ausschuß der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft) hat, wie die „Novice“ melden, in der am vergangenen Sonntag stattgehabten Sitzung, welche unter dem Vorstehe des Präsidenten Herrn Baron Wurzbach und in Anwesenheit des Herrn Präsidenten Stellvertreters Seunig, des Secretärs Herrn Pirz und der Herren Ausschussmitglieder: Bruf, Feri, Kastele, kais. Rath Murnik, Kewelowski, Dr. Poluklar, Souban, Witschel, Dr. v. Wurzbach abgehalten wurde, das Ausschussmitglied Herr Reichsrathsabgeordneter Dr. Poluklar ersucht, die Gesellschaft bei der am 13. März d. J. in Wien stattfindenden allgemeinen Zusammenkunft der Fortmänner zu vertreten, da bei derselben die auch für Krain hochwichtige Frage der Regelung der Gebirgsbäche zur Verhandlung kommen wird.

— (Zum Handelsballe), welcher am 16. d. M. in den Sälen der früheren Schießstätte stattfindet, werden soeben die Einladungen versendet. Nach allen Vorbereitungen zu schließen, welche für dieses Ballfest bereits seit Wochen in umfassendster Weise getroffen werden, wird dasselbe ein besonders glänzendes werden. Die

Localitäten, in denen der Handelsball abgehalten wird, werden eigens zu dem Behufe restauriert, und werden namentlich in den Sälen ganz neue Draperien angebracht, das Stiegenhaus wird neu gemalt u. s. w., u. s. w.; auch dem Boden wird große Sorgfalt zugewendet, auf daß sich sein alter Ruf, der beste Laibachs zu sein, aufs neue bewähre. Wie wir von vielen Seiten hören, werden auch von unserer Damenwelt zu diesem Balle große Toilettevorbereitungen getroffen, sowie auch hervorragende Persönlichkeiten unserer Gesellschaft, die schon durch Jahre den öffentlichen Vergnügungen fernblieben, diesmal erscheinen werden, um das schöne Fest auszuzeichnen. Alles in allem verspricht der heutige Handelsball ein Eliteball zu werden, wie deren in diesen zur Entwicklung eines solchen so vorzüglich geeigneten Räumen schon seit langem keiner stattgefunden.

— (Národní dom in Laibach.) Sonntag am 10. d. M. findet in der Citelnica um 11 Uhr vormittags eine Versammlung hiesiger Volksfreunde zur Berathung in Angelegenheiten des Národní dom statt.

— (Für Biermanen.) Variatio delectat! — Seit gestern schenkt man im Gasthause „zur Linde“ das Grazer „Zapel-Bier“. Wie Stammgäste versichern, mundet dasselbe ganz vorzüglich.

— (Landschaftliches Theater.) Auch das gefrige zweite Gastspiel des Fr. Detschy als „Ottile“ in den „Wohlthätigen Frauen“ von L'Arronge verschaffte dem gedrängt vollen Hause einen wahren Kunstgenuss. Die verehrte Gastin verstand es meisterhaft, die Type der „wohlthätigen Frau“, wie sie nicht sein soll, zu charakterisieren, und ebenso gelang es ihr gleich vortrefflich, die für ihren Mann und ihr Haus erwünschte Metamorphose ihres ganzen Seins glaubhaft zu machen, was an sich schon ein Kunstwerk zu nennen ist angesichts der Zeichnung dieser Gestalt. Daß auch alle Details, mit welchen die Künstlerin ihre Rolle ausstattete, vorzüglich waren, versteht sich von selbst. Gleich die erste Scene mit der „Geheimrätin von Praß“, in welcher sich Fr. Detschy als Meisterin des feinen Conversationstones bewährte und auch in Blick, Haltung und Geberde excellierte, war ein Cabinetsstück, und rauschender Beifall lohnte diese Leistung. Auch die Scenen „Ottile's“ mit ihrem Manne, dem Lederhändler „Möpsel“ (Herr Brandeis), waren insgesamt von durchschlagendem Erfolge, an welchem aber auch der Genannte redlichen Antheil hatte; der Lederhändler „Möpsel“ zählt zu den besten Leistungen dieses rastlos vorwärts strebenden Schauspielers. Die Mitwirkenden des gefrigen Abends verdienen übrigens ausnahmslos das vollste Lob, denn alle spielten mit regstem Eifer und vielem Animo, und kann diese Vorstellung zu den besten der Saison gerechnet werden. Die drastischen Figuren: Hubert (Herr Romani), Hanns (Herr Pauly) und Anna (Fr. Herrmann) waren durch die Genannten bestens vertreten, sowie die ernsthaften: Major Kodes (Herr Horak), Geheimrätin (Fr. E. Palme) und Martha (Fr. v. Bed.) durch die letzteren. Herr Regisseur Riedt (Stadtrath) und Herr Under (Wurm) wirkten unwiderstehlich mit ihren köstlichen Masken.

— i —

Neueste Post.

Prinzessin Georg von Sachsen †.

Wien, 6. Februar.

Das unserem Allerhöchsten Kaiserhause so nahe befreundete sächsische Königshaus ist von einem überaus schmerzlichen Verluste betroffen worden. Ihre kön. Hoheit die Prinzessin Maria Anna, Gemahlin des Prinzen Georg, des einzigen Bruders Sr. Majestät des Königs Albert, ist nach einer kurzen Krankheit, über deren Verlauf telegraphisch mitgetheilte Bulletins der letzten Tage Auskunft gaben, gestern abends um 10 Uhr 55 Minuten in Dresden gestorben. Die verblichene Prinzessin war eine Infantin von Portugal und Algarbien, geboren am 21. Juli 1843. Ihre Eltern waren der jetzt noch lebende König Ferdinand aus dem Hause Coburg-Gotha und die Königin Maria II., welche schon am 15. November 1853 starb. Ihre überlebenden Geschwister sind König Ludwig und Prinz August von Portugal und die Erbprinzessin Antonia von Hohenzollern. Am 11. Mai 1859 hatte sich die Infantin Maria Anna mit Seiner kön. Hoheit dem Prinzen Georg von Sachsen vermählt, und aus dieser glücklichen Ehe überleben sie sechs Kinder im Alter von 9 bis 21 Jahren: die Prinzen Friedrich August, Johann Georg, Max und Albert und die Prinzessinnen Mathilde und Maria.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Leipzig, 6. Februar. Auf dem Berliner Bahnhofe wurden vom Postwagen zwei Briefbeutel mit 80000 Mark entwendet.

Belgrad, 6. Februar. Die erdrückende Mehrheit der gewählten Deputierten ist regierungsfreundlich.

London, 6. Februar. Die Absendung beträchtlicher Verstärkungen nach Egypten wird vorbereitet. Im

Unterhause erklärte Gladstone, die Regierung werde dem Admiral Hewitt die verlangten Streitkräfte zur Sicherung Suakims senden.

Wien, 6. Februar. Die in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses eingetretene zweitägige Pause wird von den Ausschüssen eifrig benützt, um Material für die Berathungen des Plenums beizuschaffen. Heute mittags tagten der Budgetausschuß, der Justizauschuß und der Immunitätsauschuß. Heute abends versammeln sich der Strafgesetzausschuß und der Ausschuss zur Vorberathung der Ausnahmemaßregeln; morgen werden der Budgetausschuß, der Eisenbahnausschuß und der Steuerausschuß Sitzungen abhalten.

Kairo, 6. Februar. Aus Suakim wird von gestern abends gemeldet: Vater Pascha begann den Vormarsch Montag früh; die Schlacht erfolgte Montag nachmittags; die egyptischen Truppen verloren alle Kameele und die ganze Bagage. Vater Pascha und die britischen Officiere Harrington, Machon und Giles blieben unverfehrt. Tokar und Sinkat haben sich dem Feinde noch nicht ergeben, der Entsatz beider Plätze gilt aber als unausführbar. Der Feind machte einen erfolglosen Versuch, Suakim das Trinkwasser abzuschneiden. In Suakim wurden Marinetruppen ausgeschifft, um eine Panik zu verhindern.

Kairo, 6. Februar. Reuter's Office meldet: Unter den vermissten Europäern der Armee Vater Paschas befinden sich zwei deutsche Photographen und zwei Oesterreicher. Die beiden letzteren heißen Megeburg und Donnahauer.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 6. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 14 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh, 20 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (19 Cubikmeter).

Durchschnitts-Preise.

	Witt.	Witt.		Witt.	Witt.
	fl. kr.	fl. kr.		fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Hektolit.	7 96	8 37	Butter pr. Kilo	—	85
Korn	5 53	6	Eier pr. Stück	—	24
Gerste	4 87	5 43	Milch pr. Liter	—	8
Hafer	3 9	3 16	Rindfleisch pr. Kilo	—	62
Halbfrucht	—	6 60	Kalbsteisch	—	78
Heiden	5 20	6 8	Schweinefleisch	—	64
Hirse	5 53	6 15	Schäpffleisch	—	40
Kukuruz	5 50	5 55	Hühner pr. Stück	—	55
Erbäpfel 100 Kilo	3 9	—	Tauben	—	18
Binsen pr. Hektolit.	9	—	Heu 100 Kilo	—	2 23
Erbfen	9	—	Stroh	—	1 96
Fisolen	10	—	Holz, hartes, pr. Klafter	—	7 20
Rindschmalz Kilo	—	94	— weiches, 100 Lit.	—	4 60
Schweinefleisch	—	86	Wein, roth, 100 Lit.	—	—
Speck, frisch	—	60	— weißer	—	24
— geräuchert	—	74			20

Verstorbene.

Den 3. Februar. Vincenz Jereb, Arbeiterstochter, 1 J., Rosengasse Nr. 39, Bronchitis capillaris. — Anna Paif, Einwohnerin, 73 J., Stadtwaldstraße Nr. 10, Lungenemphysem.

Den 4. Februar. Johann Barli, Schuhmacherssohn, 9 Mon., Kaiser-Josefsplatz Nr. 2, Gehirnshöhlenwasserfucht. — Adolf Lipovs, Sesselmacherssohn, 1 1/2 J., Schießstättgasse Nr. 3, Diphtheritis.

Im Spitale:

Den 25. Jänner. Johann Kojel, Schuhmacher, 42 J., Meningitis. — Josefa Bucar, Einwohnerin, 47 J., Lungen-tuberculose.

Den 26. Jänner. Lorenz Babjek, Einwohner, 83 J., Marasmus senilis.

Den 27. Jänner. Maria Glazar, Einwohnerin, 74 J., Pneumonia hypostatica.

Theater.

Heute (gerader Tag) drittes Gastspiel des Fräuleins Serafine Detschy vom Stadttheater in Wien: Bürgerlich und Romantisch. Lustspiel in 4 Acten von Bauernfeld.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 1000 G. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
6.	7 U. Mg.	745,75	— 3,0	windstill	Rebel	0,00
2	„ „	744,08	+ 1,6	windstill	Rebel	—
9	„ „	743,70	— 2,0	windstill	bichterRebel	—

Fast den ganzen Tag dichter Rebel, nachmittags etwas Sonnenschein. Das Tagesmittel der Temperatur — 1,1°, um 0,6° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise der Theilnahme während der Krankheit und anlässlich des Hinscheidens unseres unvergesslichen Bruders, resp. Schwagers, des Herrn

Johann Šarabon

für die gütige Mitwirkung der Herren Leber-Ausschneider beim Leichenbegängnisse und die vielen Kranzspenden sprechen hiermit den herzlichsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

(Nach dem officiellen Coursblatte.)

569—1) Nr. 1659.
Zweite exec. Feilbietung.
 Vom k. k. städt.-deleg. Bezirksgericht
 Laibach wird bekannt gemacht:
 Es werde in der Executionssache des
 Mathias Ivanc von Stermec Nr. 5,
 Bezirk Großlaschitz, gegen Andreas Gra-
 ditschar von Stril bei fruchtlosem Ver-
 streichen der ersten Feilbietungs-Tag-
 fassung zu der mit dem diesgerichtlichen
 Bescheide vom 19. November 1883, Zahl
 23 300, auf den
 23. Februar 1884
 angeordneten zweiten exec. Feilbietung
 der Realität Einl.-Nr. 410 ad Herrschaft
 Sonnegg mit dem Anhange des obigen
 Bescheides geschritten.
 K. k. städt.-deleg. Bezirksgericht Lai-
 bach, am 4. Februar 1884.